



Landratsamt Fürth

Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 28. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum:	Montag, 30.09.2024
Beginn:	08:30 Uhr
Ende:	09:28 Uhr
Ort:	Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin
Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrätin Meyer, Evelyn
Kreisrätin Plevka, Melanie
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Seifert, Adelheid, weitere Stellvertreterin des Landrats
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Eder, Christoph Verwaltungsoberinspektor
Ehrhardt, Stefan Verwaltungsfachwirt
Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Irmeler, Marion Dipl. Geologin, Dipl. Geografin
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Schwarz, Xenia Azubi VFA-K, 1. Lehrjahr
Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor
Trexler, Wolfgang Diplom-Volkswirt (Univ.)

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Tiefel, Werner
Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------------|--|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.07.2024 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland – aktueller Sachstand | 165/2024 |
| 2.2 | Erweiterung PP2 – Stand der Arbeiten nach Abbruch der Baumaßnahme | 160/2024 |
| 2.3 | Antrag AfD-Fraktion vom 24.06.2024; Wirtschaftsförderung im Landkreis | 116/2024/1 |
| 3 | Doppischer Jahresabschluss 2023;
hier: Vorlage an den Kreisausschuss | 123/2024 |
| 4 | Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes; Verlängerung des Arbeitsverhältnisses des Prozessmanagers | 147/2024 |
| 5 | Weiterfinanzierung der VGN Projekte aus dem auslaufenden Innovationspaket | 120/2024/2 |
| 6 | Kommunale Energieallianz - Photovoltaikanlagen; Aufsichtsratsbesetzung | 128/2024/1 |
| 7 | Anfragen | |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 28. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.07.2024 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Gegen die Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.07.2024 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 10 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland – aktueller Sachstand

8:34 Uhr Kreisrat Bernd Zimmermann kommt zur Sitzung

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 2.2	Erweiterung PP2 – Stand der Arbeiten nach Abbruch der Baumaßnahme
----------------	--

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 2.3	Antrag AfD-Fraktion vom 24.06.2024; Wirtschaftsförderung im Landkreis
----------------	--

Der **Vorsitzende** fasst die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung zusammen. Demnach wird der Prüfantrag der AfD als Anfrage betrachtet, wo aus Sicht der Verwaltung eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Kommunen sinnvoll möglich ist. Die Regional- und Wirtschaftsförderung steht seit Jahren im engen Austausch mit den Kommunen im Landkreis. Zudem wird intensiv am Ausbau des Netzwerks zur Regionalentwicklung gearbeitet, um Synergieeffekte zu nutzen. Er erläutert, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten eng mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen abgestimmt sind und spricht sich klar gegen ein „Hineinregieren“ des Landkreises in die Wirtschaftsförderungen der Gemeinden aus.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) begründet den Antrag der AfD-Fraktion, verstärkt auszuloten, inwieweit die Verwaltung den Gemeinden bei der Ansiedlung und dem Erhalt von regionalen Geschäften und Gewerbetreibenden helfen kann. Auch sieht der Antrag eine Prüfung vor, ob die von der HDE-Gründungsoffensive geforderten Zuschüsse rechtlich möglich wären. Er informiert das Gremium, dass dieser Antrag auch der Stadt Zirndorf zur Prüfung vorlag.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das Landratsamt in dieser Sache rechtsaufsichtlich nicht tätig werden kann, da es sich hierbei um eine staatliche Angelegenheit der Kommunen handelt. Darüber hinaus verweist er auf die Ausführungen in der Mitteilung zum automatisierten Leerstands- und Flächenmanagement sowie dem Gewerbemanagement-Tool. Die Vermarktung dieser Lehrstände liegt in der Verantwortung der Kommunen. Daher kann es nur eine Anregung sein, mit den Kommunen ins Gespräch zu gehen. Einen Beschluss über die Köpfe der Gemeinden hinweg lehnt er ab.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) macht deutlich, dass es vielmehr um eine rechtliche Prüfung geht. Mit einem Leitfaden sollen die Kommunen über Möglichkeiten informiert werden, Neuansiedlungen oder in Existenznot geratene Betriebe rechtssicher finanziell zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** sieht diese Aufgabe aufgrund der politischen Rahmenbedingungen bei den verschiedenen Verbänden und Kammern, die für kleine und mittelständische Betriebe je nach Beruf und Branche zuständig sind. Diese spezielle Beratung können die Wirtschaftsförderungen vor Ort und auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises nicht leisten.

Stephan Thirmeyer (Kommunales, Soziales, Jugend und Familie) nimmt zur Aufgabe der Rechtsaufsicht und zum Thema Beihilfeverbot Stellung. Die Rechtsaufsicht obliegt dem Landratsamt als staatliche Aufgabe und ist damit der Beschlussfassung in diesem Gremium nicht zugänglich. Ungeachtet dessen steht die Rechtsaufsicht den Kommunen bei konkreten Fragen beratend zur Seite. Zum Beihilfeverbot merkt er an, dass eine Kommune trotz juristischer Prüfung nie die absolute Sicherheit haben wird.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) schließt sich der Verwaltung an, dass Wirtschaftsförderung in die Kommunen gehört. Unabhängig von der Finanzsituation der Gemeinden sieht sie es grundsätzlich skeptisch, wenn Kommunen Gelder für Unternehmen aufnehmen. Aufgrund der Komplexität im Bereich Förderungen sollte die Anlaufstelle bei Unternehmensgründungen und für in Existenznot geratene Betriebe bei der IHK und der HWK sein.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) spricht die Verödung der Innenstädte an. Wesentlich wichtiger als der im Antrag der AfD-Fraktion genannte Aspekt, hat aus seiner Sicht der Onlinehandel die Einzelhandelsstruktur in den letzten 20 Jahren kaputt gemacht.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) hinterfragt, ob die Einrichtung einer zentralen Wirtschaftsförderungsstelle nicht sinnvoller wäre, als gemeindliche. Zudem erkundigt er sich nach dem Sachstand eines Strategisches Wirtschaftsleitbildes für den Landkreis.

Eine zentrale Wirtschaftsförderungsstelle stößt im Gremium auf Ablehnung.

Nachdem kein Vertreter der Regional- und Wirtschaftsförderung anwesend ist, kann die Frage zum Strategischen Wirtschaftsleitbild für den Landkreis nicht beantwortet werden.

Schriftliche Antwort der Verwaltung:

Die Wirtschaftsförderung des Landratsamtes sieht den eigentlichen Schwerpunkt aktuell nicht in einem Wirtschaftsleitbild, weil viele Projekte im neuen Handlungskonzept des Regionalmanagements sich auf die Stärkung der Wirtschaftsnetzwerke beziehen. Zudem fehlt die Finanzierung, um weitere Projekte umzusetzen, die aus dem Leitbild fließen würden. Der Landkreis Fürth ist ein leistungsfähiger und lebensfroher Landkreis auch ohne ein konkretes Wirtschaftsleitbild. Die Verwaltung wird aus der Standortumfrage der IHK gute Schlüsse für die Wirtschaft ziehen.

Der **Vorsitzende** macht abschließend deutlich, dass er eine finanzielle Unterstützung für Gründungen oder Unternehmensnachfolgen sehr kritisch sieht und vom Landkreis nicht bereitgestellt werden soll. Einen Leitfaden für die Gemeinden zur finanziellen Unterstützung von Neu-

ansiedlung oder in Existenznot geratene Betriebe lehnt er ab, da das Landratsamt in dieser Sache rechtsaufsichtlich nicht tätig werden kann. Sollte ein konkreter Sachverhalt vorliegen, wäre von der Fraktion ein neuer Antrag zu stellen.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B´90/Die Grünen) nimmt wahr, dass die Kommunen bei der Findung von Gewerbegebieten unterstützen und für die passenden Rahmenbedingungen sorgen. Zudem macht sie deutlich, dass die Unternehmen sich dem gesellschaftlichen Wandel anpassen müssen. Sie sieht bei den Kommunen und auch von Seiten des Landkreises keinen Spielraum, um Unternehmen finanziell zu unterstützen.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) schließt sich Kreisrätin Meyer an. Aus ihrer Sicht wird kein umfassendes Papier für die Kommunen benötigt. Konkrete Einzelfälle könnten von der Rechtsaufsicht geprüft werden.

Kreisrätin Adelheid Seifert (CSU) bestätigt, dass die HDE-Gründungsoffensive tatsächlich im Zirndorfer Stadtrat diskutiert wurde. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage kann sich die Stadt keinen Wirtschaftsförderer leisten. Daher hat der Stadtrat die bestehende Regional- und Wirtschaftsförderung des Landkreises gesehen, um Synergien zu schaffen.

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 3	Doppischer Jahresabschluss 2023; hier: Vorlage an den Kreisausschuss
--------------	---

Martin Kohler (Kreiskämmerer) macht Ausführungen zur Vorlage. Um auf die finanziellen Herausforderungen besser reagieren zu können, sollten künftige Haushalte mit einem größeren Spielraum aufgestellt werden. Er bestätigt, dass der Landkreis zu keinem Zeitpunkt ein Liquiditätsproblem hatte. Die Liquidität wurde sehr stark abgebaut und liegt aktuell bei 15 Mio. €.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt vom Ergebnis des doppelischen Jahresabschlusses 2023 Kenntnis.

Der Jahresabschluss 2023 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss gemäß Art. 89 Abs. 1 LKrO zur Prüfung zugewiesen.

Die in Anlage 11 aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen werden bewilligt.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 4	Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes; Verlängerung des Arbeitsverhältnisses des Prozessmanagers
--------------	--

Auf Vorschlag von **Kreisrat Norbert Schikora** (B´90/Die Grünen) sollen die im Rahmen des Prozessmanagements erzielten Ergebnisse und Einwicklungen in der Vorlage für den Kreistag ergänzt werden.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, der Verlängerung der Stelle des Prozessmanagers im Gesundheitsamt vom 01.08.2025 bis 31.08.2026 zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 5	Weiterfinanzierung der VGN Projekte aus dem auslaufenden Innovationspaket
--------------	--

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt der Beschlussvorlage vor.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) unterstützt die Weiterfinanzierung der VGN-Projekte. Für eine Bewertung des Angebots bittet er um Informationen zur Zielgruppe, den Nutzerzahlen und zur Häufigkeit der durchschnittlichen Nutzung des VGN eTarifs egon. Die Verwaltung wird Zahlen und Daten zur Nutzung von egon bereitstellen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) appelliert für mehr Verständlichkeit. Für eine bessere Diskussion sollten VGN-Angebote, wie egon, leicht verständlich erläutert werden.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) würde der Weiterfinanzierung von egon und des SMaxi Portals zustimmen. Den Vorschlag der Verwaltung lehnt er ab, da keine Nutzerzahlen vorliegen und die auf den Landkreis zukommenden Kosten noch unklar sind.

Christoph Eder (ÖPNV) erklärt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht die Minimallösung, sondern die Weiterfinanzierung der vier VGN-Basissysteme inkl. Projekt- bzw. Weiterentwicklung vorsieht. Nach den derzeitigen Schätzungen entstehen dem Landkreis Fürth im Jahr 2025 Kosten in Höhe von 273.965 €. Die genauen Förderbedingungen sind vom Freistaat noch nicht mitgeteilt worden.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) kann mit dem Vorschlag mitgehen.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) informiert über die Ticket App FAIRTIQ, die im Verkehrsverbund Großraum Ingolstadt und bereits in vielen anderen Tarifverbünden eingesetzt wird.

Christoph Eder (ÖPNV) ergänzt die Zahlen zur egon-Nutzung im Detail. Insgesamt gab es bis Ende August 2024 56.000 registrierte Nutzende, 39.000 aktive Kunden und 1,836 Mio. getätigte Fahrten.

Auswertung der aktuellen Kalenderwoche:

17.730 Fahrten

1.006 Erwachsene

Geschlecht: männliche Nutzer: 54%, weibliche Nutzerinnen: 45%

Alter: 18-34 Jahre: 34%, 35-54 Jahre: 40%, ab 55 Jahre: 26%

Der **Vorsitzende** verliest Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Weiterfinanzierung der VGN Basissysteme (ehem. Innovationspaket I) inkl. Projekt- bzw. Weiterentwicklung.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 1

TOP 6 Kommunale Energieallianz - Photovoltaikanlagen; Aufsichtsratsbesetzung
--

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den zweiten Platz des Landkreises im Aufsichtsrat der Interkommunalen Energieallianz GmbH & Co. KG mit Herrn Benjamin Knoll zu besetzen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 7 Anfragen

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) berichtet über Beschwerden wegen überfüllter Busse von Puschendorf zum Gymnasium Langenzenn. Auf dieser Buslinie werden auch Schülerinnen und Schüler der Streicherklasse befördert. Durch den Transport der großen Instrumente wird die Situation noch verschärft. Er fragt nach, ob die Verwaltung davon Kenntnis hat.

Christoph Eder (ÖPNV) antwortet, dass es dieses Jahr nach Schulbeginn tatsächlich mehr Meldungen gibt. Dabei wurde eine Differenz der angemeldeten und tatsächlichen Schülerinnen und Schüler in den Bussen festgestellt. Überprüfungen vor Ort hätten ergeben, dass die Busse doch nicht wirklich überfüllt gewesen sind.

Landrat Bernd Obst schließt um 09:28 Uhr die 28. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 12.11.2024

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in